

**Niederschrift**

20. Januar 2022

über die 8. öffentliche Sitzung

1 von 6

**des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport**

am **Mittwoch, 19. Januar 2022, 17:00 Uhr**

im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

**Anwesende:**

**Mitglieder**

Jutta Schwalm, 1. stellvertretende Vorsitzende, CDU

Mustafa Gündar, 2. stellvertretender Vorsitzender, B90/Grüne

Julia Herz, Mitglied, B90/Grüne

Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne

Anja Lipschik, Mitglied, B90/Grüne

Judith Boczkowski, Mitglied, SPD

(Vertretung für Norbert Sprafke)

Esther Kalveram, Mitglied, SPD

Petra Ullrich, Mitglied, SPD

Annette Knieling, Mitglied, CDU

Holger Römer, Mitglied, CDU

Mirko Düsterdieck, Mitglied, DIE LINKE

(Vertretung für Tabea Mößner)

Norbert Hansmann, Mitglied, AfD

**Teilnehmer mit beratender Stimme**

Semra Yazicioglu, Vertreterin des Ausländerbeirates

Ronny Blume, Vertreter des Behindertenbeirates

Werner Wiegand, Vertreter des Seniorenbeirates, SPD

(Vertretung für Helga Engelke)

**Magistrat**

Ilona Friedrich, Bürgermeisterin, SPD

**Schriftführung**

Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

**Entschuldigt:**

Jennifer Rieger, Stadtverordnete, Die PARTEI

Manuela Ernst, Mitglied, FDP

**Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen**

Anja Deiß-Fürst, Sozialamt

Terhas Andezion, Sozialamt

Carsten Höhre, Sozialamt

Amelie Kleinheyer, Dezernat –II–

**Tagesordnung:**

- |  |            |
|--|------------|
| 1. <b>Berichtsantrag Sozialwirtschaft integriert</b> | 101.19.306 |
| 2. <b>Runder Tisch Sport</b>                         | 101.19.308 |
| 3. <b>Wohnungslosigkeit in Kassel</b>                | 101.19.310 |
| 4. <b>Betreutes Wohnen für Senioren in Kassel</b>    | 101.19.311 |

1. stellvertretende Vorsitzende Schwalm eröffnet die mit der Einladung vom 12. Januar 2022 ordnungsgemäß einberufene 8. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport, begrüßt die Anwesenden, stellt die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

**1. Berichtsantrag Sozialwirtschaft integriert**

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 12. Dezember 2021  
Bericht des Magistrats  
-101.19.306-

**Beschluss**

Wir bitten den Magistrat, in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport über das Projekt „Sozialwirtschaft integriert“ unter besonderer Berücksichtigung folgender Fragestellungen

1. Wie viele Frauen konnten bisher durch das Projekt in Arbeit und Ausbildung integriert werden?
2. Gibt es bereits Erkenntnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung des Projektes, die durch die Universität Kassel erfolgt?

zu berichten.

Bürgermeisterin Friedrich führt in die Thematik ein und berichtet über Hintergründe, Vorüberlegungen und die Projektfinanzierung, danach übergibt sie das Wort an Frau Andezion, Sozialamt, die über die Projektphasen und –abläufe spricht. Weiterhin informiert sie über verschiedene Daten, Zahlen und Fakten und die Projektziele. Im Anschluss berichtet Frau Prof. Dr. James, Universität Kassel, über die Evaluation des Projekts.

Frau Friedrich, Frau Andezion und Frau Prof. Dr. James beantworten die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

**Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.**

## 2. Runder Tisch Sport

Antrag der Fraktion DIE LINKE

- 101.19.308 -

### Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat beauftragt das Sportamt mit der Initiierung und Durchführung eines Runden Tisches zur Sportentwicklung für die östlichen Stadtteile Bettenhausen, Forstfeld und Waldau. An dem Runden Tisch sollen Vertreter\*innen der Vereine, des Sport- und Jugendamts, der Ortsbeiräte und der Sportkommission teilnehmen.

Stadtverordneter Düsterdieck, Fraktion DIE LINKE, begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, SPD, CDU

Enthaltung: AfD

abwesend: FDP

den

### Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE betr. Runder Tisch Sport, 101.19.308, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Köpp

## 3. Wohnungslosigkeit in Kassel

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD

- 101.19.310 -

### Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird gebeten, über den aktuellen Stand der Arbeit zum Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit in Kassel zu berichten. Dabei soll in dem Sachstandsbericht auch auf folgende Fragen eingegangen werden:

4 von 6

1. Welche Einrichtungen in Kassel bieten wie viele Plätze für Menschen, die obdachlos, bzw. wohnungslos sind?
2. Wie viele Plätze gibt es für Frauen, für Männer, für Jugendliche und für Menschen, die Barrierefreiheit brauchen oder Menschen, die ein Tier mit in die Einrichtung bringen?
3. Wie viele Menschen sind in Kassel geschätzt wohnungs- bzw. obdachlos?
4. Wie viele Menschen davon sind gehandicapt oder mobilitätseingeschränkt?
5. Wie viele obdachlose Menschen sind bekannt mit Verhaltensauffälligkeiten, so dass sie nicht in ein Mietverhältnis vermittelt werden können?
6. Wie hoch ist die Zahl der Jugendlichen ohne Wohnung? Wie wird hier geholfen?
7. Was kostet die Übernachtung in den jeweiligen Einrichtungen?
8. Welche Personengruppe kann diese Angebote nicht nutzen, weil sie keine erforderlichen Ausweispapiere hat?
9. Gibt es absehbare Bedarfe, die im Winter nicht gedeckt werden können und wenn ja, welche?
10. Welche Schwierigkeiten/Einschränkungen bestehen im Moment durch die bestehenden Corona-Hygienemaßnahmen?

Stadtverordnete Lipschik, Fraktion B90/Grüne, begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Sport fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: DIE LINKE

abwesend: FDP

den

### **Beschluss**

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen B90/Grüne und SPD betr. Wohnungslosigkeit in Kassel, 101.19.310, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kalveram

#### 4. Betreutes Wohnen für Senioren in Kassel

Anfrage der Fraktion B90/Grüne und SPD  
- 101.19.311 -

##### Gemeinsame Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Hat der Magistrat Kenntnis, wie viele Anbieter der Wohnform „Betreutes Wohnen / Service Wohnen / Wohnen mit Service etc. es in Kassel gibt?
2. Welche unterschiedlichen Wohnformen unter dem Begriff „Betreutes Wohnen“ sind dem Magistrat bekannt.
3. Gibt es Informationsmaterial zu dieser Art der Wohnform in der Stadt Kassel?
4. Berät die Beratungsstelle Älterwerden zur Wohnform „Betreutes Wohnen“? Wenn ja, wie werden Sie in Anspruch genommen?
5. Sind dem Magistrat ähnliche Vorfälle, wie die von der HNA in der Berichterstattung vom 18. November 2021 aufgegriffenen Vorfälle im „Betreuten Wohnen“ des Seniorenhauses St. Bonifatius im Wesertor bekannt?
6. Bietet die GWG Ihren Mieter\*innen als Serviceleistung im Alter Zusatzleistungen an, die man unter den Begriff „Betreuten Wohnens“ fassen könnte.
  - a) Wenn ja, welche sind dies?
  - b) Wenn nein, ist etwas ähnliches geplant?
7. In den Bundesländern Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg wurde ein Qualitätssiegel für diese Wohnform etabliert. Hat der Magistrat Kenntnis davon, ob dies auch in Hessen geplant ist?
8. Des Weiteren existiert seit 2006 die vom „Deutsches Institut für Normung e. V.“ entwickelte DIN 77800 "Qualitätsanforderungen an Anbieter der Wohnform 'Betreutes Wohnen für ältere Menschen", durch die eine bundesweit einheitliche Definition von Mindeststandards geschaffen wurde. Hat der Magistrat Kenntnis davon, wie viele

Wohnanlagen, die „Betreutes Wohnen“ anbieten, danach zertifiziert sind?

6 von 6

9. Die Kosten im Betreuten Wohnen können, insofern sie im Sinne der Sozialhilfe angemessen sind, bei Leistungsempfängern vom Sozialamt übernommen werden. Allerdings gibt es keine einheitlichen Regelungen, ob und in welcher Höhe sich Sozialämter beteiligen. Beteiligt sich das Sozialamt in Kassel an den Kosten für „Betreutes Wohnen“ und wenn ja, wie wird die Angemessenheit der Grundpauschale überprüft?
10. Die Aufsicht über alle stationären Einrichtungen der Alten- und Behindertenhilfe sowie aller ambulanten Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen (ambulante Betreuungs- und Pflegedienste) liegt in Hessen bei den Ämtern für Versorgung und Soziales und beim Regierungspräsidium Gießen als Oberer Betreuungs- und Pflegeaufsicht. Wie beurteilt der Magistrat die Forderung der Verbraucherzentrale hier auch das Betreute Wohnen als Wohnform für Senioren aufzunehmen? Ist es nach Ansicht des Magistrates sinnvoll eine analoge Beschwerdestelle zu schaffen, die dann regional im Hessisches Amt für Versorgung und Soziales Kassel angesiedelt werden könnte?

Bürgermeisterin Friedrich beantwortet die Anfrage. Die schriftliche Beantwortung wird der Niederschrift als Anlage beigefügt.

**Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Friedrich erklärt 1. stellvertretende Vorsitzende Schwalm die Anfrage für erledigt.**

**Ende der Sitzung:** 18:46 Uhr

Jutta Schwalm  
1. stellvertretende Vorsitzende

Annika Kuhlmann  
Schriftführerin